Prüfungsarbeit eines Bewerbers - C

Der Einspruch wird gestützt auf folgende Unterlagen:

- Auszug aus dem Journal „Mondial de Tennis" vom 13.03.91 (Annex 2) Deutsche Fassung
- WO 94/04333 (Annex 3)
- Auszug aus der Zeitschrift „Product Marketing" vom 02.06.93 (Annex 4)
- EP-A-0 909 919 (Annex 5)
- FR-A-2 278 355 (Anlage 6). Deutsche Fassung

Hierbei sei angemerkt, daß Annex 3 aufgrund der Veröffentlichung am Prioritätstag des Streitpatents EP-B1 0 909 909 (nachfolgend entweder als Streitpatent oder auch Anlage 1 bezeichnet), d. h. dem 06.01.94 kein Stand der Technik, der für das Einspruchsverfahren berücksichtigt werden kann, darstellt nach Art. 54 (2) EPÜ. Annex 3 stellt – wegen Nichteinleitung der regionalen Phase vor dem EPA auch kein Stand der Technik nach Art. 54 (3), Art. 150 Abs. 3, Art. 158 (2) EPÜ dar. Annex 3 wird hier zum Nachweis einiger Bedeutungen – insbesondere des Begriffs „Ionomer" verwendet.

Der Einspruch wird wie folgt begründet:

1. Unzulässige Erweiterung nach Art. 123 (2) EPÜ,

Der Gegenstand des Patents geht durch die Einführung des Absatzes in Zeilen 26-30 von Seite 2 des Streitpatents über die ursprüngliche Offenbarung der Anmeldung hinaus.

Dieser während des Prüfungsverfahrens eingeführte Absatz (14.08.1996) soll den Gegenstand von Anspruch 3 stützen. Dazu wird in diesem Absatz auf die Figur 1 des Streitpatents verwiesen, wie durch die Einführung der Bezugszeichen (2) bis (5) in diesem Absatz ersichtlich wird.

Anspruch 3 offenbart einen Spielgegenstand mit den folgenden Merkmalen:

1. eine Oberfläche, die mit einer ersten phosphoreszierenden Beschichtung versehen ist
2. die erste phosphoreszierende Beschichtung ist von einer transparenten Epoxydharzschicht umgeben
3. die Epoxydharzschicht ist selbst durch eine Beschichtung aus transparentem Polyvinylchlorid geschützt,
4. die transparente Polyvinylchloridschicht enthält eine phosphoreszierende Pigmentierung.

Der Spielgegenstand gemäß Zeilen 26 bis 30 auf Seite des Streitpatents enthält neben diesen 4 genannten Merkmalen noch ein 5. Merkmal, nämlich eine Polyäthylenbeschichtung 2, wobei diese weitere Beschichtung 2 die Polyvinylchloridschicht umgibt.

Dieser spezielle Gegenstand ist aber nicht ursprünglich offenbart. Denn erstens zeigt die Figur 1 in der ursprünglich eingereichten Fassung nur irgendwelche nicht konkret bezeichnete Schichten mit den Bezugszeichen (4) und (5). Daß diese Schichten die in Anspruch 3 genannten Schichten sein sollen, wird nicht offenbart und ist dem Fachmann auch bei genauerer Betrachtung nicht ersichtlich.

Denn gemäß Figur 1 sowie der ursprünglichen Offenbarung auf Seite 2, Zeilen 18 bis 20 ist die Schicht (2) die transparente Beschichtung, die die phosphoreszierenden Pigmentteilchen enthält. Somit hat der Fachmann keinen Anlaß, auch nur zu vermuten, daß der Gegenstand von Anspruch 3 in Figur 1 gezeigt wäre.

Denn die Lehre von Anspruch 3 ist ein Golfball mit einer äußeren transparenten Schicht aus Polyvinylchlorid (PVC), die das phosphoreszierende Pigment enthält. Eine weitere, ebenfalls ein solches Pigment enthaltende, die PVC-Schicht umgebende Schicht (2) ist in der Lehre von Anspruch 3 nicht enthalten.

Eine solche Lehre „eine mehrschichtige Außenhülle mit jeweils darin enthaltenem Pigment" ist auch in der Gesamtoffenbarung der Ursprungsanmeldung nicht enthalten. Es ist vielmehr nur immer von **1** Schicht an der Außenseite die Rede, die ein Pigment enthält (vgl. Anspruch 1, Figur 1).

Diese spezielle Ausgestaltung, wie sie durch den neu eingeführten Absatz dargelegt wird, stellt somit eine unzulässige Erweiterung nach Art. 123(2) dar, auch wenn sie „nur" in der Beschreibung erfolgt (vgl. RiLi C-VI 5.8). Dies zeigt auch der Neuheitstest, der in einem solchen Fall anzuwenden ist. (vgl. T 201/83, T 136/88).

Der so eingeführte Gegenstand, Golfball mit **2** aufeinanderfolgenden Außenschichten – wie er durch die Ausführungen in Zeilen 29-30 auf Seite 2 insbesondere gelehrt wird – ist nicht ursprünglich offenbart, sondern neu!

Folglich ist das Patent aufgrund der unzulässigen Erweiterung zu widerrufen.

Darüber hinaus sind die Gegenstände der einzelnen Ansprüche auch nicht neu bzw. erfinderisch gegenüber dem Stand der Technik.

2. Mangelnde Patentfähigkeit nach Art. 54/56 EPÜ

2.1 Anspruch 1

a) Der Gegenstand von Anspruch 1 ist nicht neu gegenüber Anlage 5 für die gemeinsam benannten Vertragsstaaten DE, GB und NL. Anlage 5 ist aufgrund des Prioritätstags 09.01.1994 älteres Recht nach Art. 54(3)(9) für diese Länder.

Annex 5 offenbart einen Golfball, d. h. einen im wesentlichen kugelförmigen Gegenstand, der einen flüssigkeitsgefüllten Kern (1) aufweist. Der Kern ist im wesentlichen kugelförmig (Annex 5, Seite 1, Zeilen 18-20, Figur 1). Der Ball weist ferner eine äußere Schicht aus Ionotherm^{TM} (4) auf. Ionotherm^{TM} ist nun ein transparentes Polymer, wie in Annex 2, Zeilen 7, 8 ausgeführt wird, und ist ferner ein sogenanntes „Ionomer" (siehe ebenfalls Annex 2, Zeilen 7, 8). Gemäß Annex 3, Zeilen 18 und 19 ist ein Ionomer ein Copolymer aus Äthylenmonomeren und einem Vinylsäuremonomer! Dieses Ionomer gemäß Annex 5 enthält Pigmentteilchen, die Wärme absorbieren können und anschließend für einige Stunden lang ein Leuchten aussenden können (vgl. Annex 5, Zeilen 10-12, Anspruch von Annex 5), d. h. lumineszieren können. Es sind also Pigmente, die durch eine Einwirkung einer Energiequelle Licht emittieren können.

Somit sind alle Merkmale aus Anspruch 1 aus Annex 5 bekannt und deshalb sein Gegenstand nicht mehr neu.

b) Der Gegenstand von Anspruch 1 ist ferner nicht erfinderisch im Hinblick auf Annex 2 und Annex 4.

Annex 4 zeigt einen Ball, d. h. einen kugelförmigen Gegenstand mit einem kugelförmigen Innenteil (1), der von einer transparenten Schicht aus PVC umgeben ist, wobei diese Schicht (4) ein phosphoreszierendes Pigment enthält (Annex 4, Zeilen 6-10, Figur 1).

Der einzige Unterschied zu Anspruch 1 besteht also darin, daß die Schicht (4) nicht-Ionomer ist.

Aus Annex 2 ist jedoch bekannt, Tennisbälle, d. h. Bälle, mit dem transparenten Ionomer „Ionotherm^{TM}“, das dem Polymer von Anspruch 1 entspricht, herzustellen und dabei ein Pigment beizugeben, um die Farbe des Polymers an die Verwendung als Tennisball anzupassen (Annex 2, Zeilen 6-10). Hierbei sei erwähnt, daß gemäß Seite 2, Zeilen 5, 6 des Streitpatents als Pigment ein Pulver verstanden wird, das dem Material eine andere Farbe gibt, einschließlich weiß.

Ausgehend von Annex 4 stellt sich das Problem, einen kugelförmigen Gegenstand zu schaffen, dessen Beschichtung ein transparentes, mit Pigment gefülltes „Ionotherm^{TM}“-Polymer ist.

Auf der Suche nach einer Lösung wird der Fachmann dazu sofort das entsprechende Material gemäß Annex 2 ausgehend von Annex 4 nehmen. Somit ist Anspruch 1 nicht erfinderisch im Licht der Kombination von Annex 4 mit Annex 2.

2.2 Anspruch 2

a) Anspruch 2, der auf Anspruch 1 zurückbezogen ist, ist für die benannten Staaten DE, GB und NL nicht neu gegenüber Annex 5.

Annex 5 offenbart, daß das Pigment in keinem Fall 30 Gew.-% der Ionothermschicht übersteigen darf (Zeilen 21-23, Seite 1 von Annex 5). Die in Anspruch 2 genannte Menge von maximal 25 % ist in diesem Bereich voll umfaßt und neuheitsschädlich getroffen wegen der Überlappung des Zahlenbereichs. Denn es ist kein Grund ersichtlich, warum der Fachmann aus Annex 5 nicht ernsthaft in Betracht ziehen würde, einen Gehalt von bsp. 10 % auszuwählen, insbesondere, weil gemäß Annex 5 die Menge sorgfältig auserwählt ist. Im Hinblick auf T 26/85, T 666/89, sowie den in T 279/89 zusammengefaßten Kriterien wird ersichtlich, daß der Maximalbereich von 25 Gew.-% keine gezielte Auswahl gegenüber Annex 5 darstellt und somit neuheitsschädlich getroffen ist.

b) Anspruch 2 ist nicht erfinderisch im Hinblick auf die Kombination von Annex 4 mit Annex 2.

Annex 4 beschreibt auf Zeilen 10 und 11 von Seite 1, daß das Pigment in einer Menge von 5 bis 50 Gew.-% der Polymerschicht vorhanden ist. Da der Fachmann, wie zu Anspruch 1 ausgeführt, das Polymer Ionotherm aus Annex 2 in dem Ball gemäß Annex 4 einsetzen würde, würde er auch dort eine Pigmentmenge von 5 bis 50 Gew.-% bezogen auf das Polymer einsetzen. Die Beschrän-

kung auf maximal 25 %, d. h. einen überlappenden Bereich von 5-25 Gew.-% kann nicht als erfinderische Auswahl gesehen werden. Auch hier ist kein Grund ersichtlich, warum der Fachmann von der Auswahl dieses Teilbereichs abgehalten werden würde, oder warum die Beschränkung auf max. 25 Gew.-% vorteilhaft sein würde, oder eine gezielte Auswahl.

Somit ist der Gegenstand von Anspruch 2 naheliegend durch die Kombination von Annex 4 mit Annex 2.

2.3. Anspruch 3

Der Gegenstand des unabhängigen Anspruchs 3 wird durch Annex 4 in Kombination mit Annex 6 nahegelegt.

Annex 4 offenbart einen Ball, mit dem Kinder spielen sollen (Zeile 1-4), d. h. einen Spielgegenstand. Hierbei sei darauf hingewiesen, daß die Formulierung „insbesondere Golfball" keinerlei Einschränkung für den Gegenstand von Anspruch 3 bietet und diese folglich auch „Kinderspielbälle" umfaßt.

Der Ball von Annex 4 weist ferner auf: eine Beschichtung, die aus Epoxydharz besteht (Schicht 5, Zeile 14, Figur 1), und eine weitere Schicht (4), die aus PVC hergestellt ist, ein phosphoreszierendes Pigment enthält und die Schicht 5 umgibt (Zeilen 8-10, Figur 1, Annex 4).

Der einzige Unterschied zwischen dem Gegenstand von Anspruch 3 und dem Ball von Annex 4 besteht darin, daß eine weiße, reflektierende Beschichtung (2) zwischen dem Kern (innerer Teil 1), d. h. der ersten Oberfläche von Anspruch 1 und der Epoxydharzschicht angebracht ist, und keine phosphoreszierende Beschichtung, wie in Anspruch 3 verlangt wird.

Aus D6 ist jedoch ein Ball, d. h. ein Spielgerät bekannt, bei dem auf der äußeren Oberfläche des Kerns eine die Sichtbarkeit verbessernde Substanz aufgebracht ist (Annex 6, Zeilen 15-16), wobei diese ein fluoreszierendes Pigment in einer dünnen Schicht aus Gummi ist (Zeilen 17-18). Dies dient dazu, daß der Ball leichter sichtbar gemacht werden kann.

Ausgehend von Annex 4 stellt sich somit die Aufgabe, einen Spielball herzustellen, bei dem eine verbesserte, verstärkte Leuchtkraft erreicht werden kann, die insbesondere länger anhalten soll, wenn Kinder z. B. mit dem Ball einschlafen sollen.

Der Fachmann wird für den Ball gemäß Annex 4 auf der Suche nach einer Lösung dieses Problems die fluoreszierende Beschichtung der äußeren Oberfläche des Kerns in Erwägung ziehen, insbesondere, da sie sich als zumindest gleichwertig mit einer weiß reflektierenden Komponente verhält. Auch die Tatsache, daß in Anspruch 3 „phosphoreszierend" und nicht fluoreszierend genannt ist, begründet keine erfinderische Tätigkeit. Denn im Streitpatent wird selbst ausgesagt, daß die Phosphoreszenz denselben Effekt wie die Fluoreszenz hat, jedoch länger andauert (Seite 1, Zeilen 18-22), was also äquivalent und auch bekannt ist.

Somit ist Anspruch 3 nicht erfinderisch im Hinblick auf die Kombination von Annex 4 mit Annex 6.

Anspruch 3 ist ebenfalls nicht erfinderisch ausgehend von Annex 6 kombiniert mit Annex 4.

Von Annex 4 ausgehend ergibt sich die Aufgabe, ein Spielgerät zu entwickeln, das gut sichtbar und lange benutzbar ist.

Annex 4 lehrt zu dem schichtenmäßigen Aufbau, insbesondere die Verbesserung der Festigkeit durch die Schicht (5) aus Epoxydharz, sowie die Pigmente in die PVC-Schicht einzubauen.

Diese konstruktiven Merkmale von Annex 4 sind also naheliegend ausgehend von Annex 6. Anspruch 3 ist somit nicht erfinderisch.

2.4. Anspruch 4

a) Anspruch 4 ist nicht erfinderisch ausgehend von Annex 6, kombiniert mit Annex 4. Annex 4 offenbart einen Squashball mit einem hohlen Gummikern und mit einer Beschichtung (vgl. oben, Seite 1, Z. 15-20 von Annex 6).

Ausgehend von Annex 6 ergibt sich das Problem, eine alternative Beschichtung eines Balles zu schaffen, der weiterhin gut sichtbar, z. B. durch Fluoreszenz ist.

Annex 4 lehrt nun, eine transparente, thermoplastische Beschichtung aus PVC zu nehmen und diese mit Pigmenten zu versehen, die ein Gemisch aus Zinksulfid umfassen, und in einer Konzentration von 5 bis 50 Gew.-% in der Beschichtung vorhanden sind. Diese Pigmente phosphoreszieren (Annex 4, Zeilen 10-11).

Somit wird der Fachmann ohne weiteres Zögern die Schicht von Annex 6 auf dem hohlen flexiblen Gummikern durch die transparente Schicht von Annex 4 ersetzen. Eine spezielle Auswahl auf den Bereich von mindestens 10 Gew.-% von Anspruch 4 ist nicht ersichtlich (vgl. oben, keine gezielte Auswahl), sondern liegt im aus Annex 4 bekannten Bereich!

b) Anspruch 4 ist ebenfalls nicht erfinderisch ausgehend von Annex 2, kombiniert mit Annex 4.

Annex 2 offenbart einen Tennisball, der aus einem flexiblen Material hergestellt ist. Ein solcher Tennisball ist hohl – auch wenn dies in Anlage 2 nicht ausdrücklich gesagt wird, ist dies allgemein bekannt und bedarf keines ausdrücklichen Nachweises. Ferner ist der hohle Teil flexibel (Z. 6-10, Seite 1, Annex 2).

Ausgehend von der Aufgabe einen anderen, hohlen, flexiblen Ball mit einer lumineszierenden Beschichtung, d. h. einer Beschichtung, die also phosphoreszieren kann, wird der Fachmann die Beschichtung gemäß Annex 4, wie sie oben erläutert ist, sofort in Betracht ziehen. Insbesondere, weil die Mischung, die Zinksulfid enthält, in Annex 4 als bevorzugt bezeichnet wird.

Somit ist der Gegenstand von Anspruch 4 nahegelegt von der Kombination aus Annex 2 mit Annex 4.

c) Schließlich ist der Gegenstand von Anspruch 4 aus naheliegend ausgehend von Annex 4, kombiniert mit Annex 2 oder Annex 6.

Auf der Suche nach einem Spielball, der hohl und flexibel ist – was für die Anwendung als Spielball für Kinder besonders wichtig ist, und der weiterhin fluoresziert/Phosphoreszenz emittiert, wird der Fachmann das Innenteil (1) aus Annex 4 ohne jedes Zögern durch den hohlen Gummikern von Annex 6 oder den Tennisballkern von Annex 2 ersetzen.

Auch aus diesem Grund ist Anspruch 4 nicht erfinderisch.

2.5. Anspruch 5

a) Anspruch 5 ist nicht erfinderisch in Hinblick auf Annex 2 alleine.

Hierzu sei vorangestellt, daß laut Seite 2, Zeile 33 bei der Ausführungsform von Anspruch 5 ein **herkömmlicher** Tennisball verwendet wird.

Die Merkmale „elastomerer Hohlkörper", „äußere Schicht aus Filzgemisch, das ein Wolle-Nylon-Gemisch umfaßt" in Anspruch 5 werden folglich von jedem gewöhnlichen Tennisball erfüllt. Dies wird auch in der Beschreibung auf Seite 2, Zeilen 33-35 des Streitpatents bestätigt.

Annex 2 beschreibt nun einen Tennisball, dessen Textilumhüllung, d. h., dessen Filz, wie in Anspruch 5 genannt, mit lumineszierendem Material gefärbt wird (Zeilen 9-11, Zeilen 16, 17).

Ausgehend von Annex 2 ergibt sich die Aufgabe, eine möglichst langanhaltende Lumineszenz zu erreichen. Dies wird dadurch erreicht, daß man von den 2 bekannten Möglichkeiten – Fluoreszenz und Phosphoreszenz – diejenige auswählt, die länger andauert. D. h. die Phosphoreszenz (vgl. hierzu Absatz Zeilen 18-22, Seite 1 des Streitpatents).

Somit ist Anspruch 5 naheliegend von Annex 2 allein.

b) Anspruch 5 ist nicht erfinderisch, wenn Annex 2 mit Annex 4 kombiniert wird.

Annex 4 verwendet Phosphoreszenz, um einen Ball im Dunkeln (dann, wenn Kinder schlafen sollen) zu verwenden. Also wird der Fachmann den Tennisball von Annex 2 mit einem Phosphoreszenz-Farbstoff gemäß Annex 4 einfärben und gelangt so auf naheliegende Weise zu dem Tennisball von Anspruch 5.

Nach alledem wird ersichtlich, daß der Widerruf des Patents im vollen Umfang begründet ist.

Brief an Mandanten:

Sehr geehrte Frau Curten,

vielen Dank für Ihren Auftrag. Wir haben den Einspruch weisungsgemäß eingelegt.
Zu Ihren Fragen wollen wir folgendes ausführen:

1. Zeitrangverschiebung:
   In der Anmeldung wurde die Figur 1 erst am 02.01.95 eingereicht, und nicht mit den anderen Anmeldeunterlagen. Dies hatte zur Folge, daß der Anmeldetag auf den Eingangstag der Figur, d. h. den 02.01.1995 gemäß Art. 91 Abs. 6 EPÜ verschoben wurde.

   Eine Einreichung der Anmeldungsunterlagen per Fax ist zulässig (Regel 24 Abs. 1, Regel 36 Abs. 1 EPÜ, Beschluß des Präsidenten des EPA vom 26.06.1992, Amtsblatt 1992, 299). Die Originale müssen lediglich innerhalb eines Monats nach Eingang nachgereicht werden (Art. 4 Abs. 1 des Beschlusses des Präsidenten). Dies ist hier erfolgt – innerhalb von 3 Wochen. Deshalb ändert sich hier am Anmeldetag nichts mehr. Andere Folgen gibt es auch nicht!

2. Auf Ihren Hinweis hin haben wir den Einwand der unzulässigen Offenbarung (Art. 123 (2) EPÜ) als Einspruchsgrund (Art. 100c EPÜ) geltend gemacht. Die Zulässigkeit einer Änderung ist in jedem Stadium des Erteilungs- oder des Einspruchsverfahrens zu prüfen (vgl. G 9/91, G 10/91, G 10/93). Deshalb können wir die Entscheidung der GD3-Abteilung auch wieder anfechten und überprüfen lassen.

3. Da die Anlage 3 nicht in die regionale Phase vor dem EPA eingetreten ist, gilt sie nicht als Stand der Technik, der hinsichtlich Neuheit (Art. 54 Abs. 3, 4 i. V. mit Art. 150, Abs. 3, Art. 158, Abs. 1 und 2) zu berücksichtigen ist.

   Da die Anlage 3 am Prioritätstag, dem 06.01.1994, veröffentlicht wurde, und die Priorität hier wirksam nach Art. 87 in Anspruch genommen wurde (mit der Folge der Wirkung von Art. 89 für die Betrachtung des Standes der Technik), ist Anlage 3 vorliegend kein Stand der Technik nach Art. 89 (2), der berücksichtigt wird für das Einspruchsverfahren vor dem EPA.

   Allerdings können die national weitergeführten Anmeldungen in Deutschland und England in einem späteren, eventuellen Nichtigkeitsverfahren zur Nichtigkeit des EP-Patents führen. Dies bestimmt Art. 139 Abs. 2. In Deutschland wird die ältere nationale Anmeldung hinsichtlich Neuheit berücksichtigt. In England ist die genauso. Im Einspruchsverfahren vor dem EPA können diese nationalen Rechte aufgrund der Bestimmung von Art. 54 (3) „europäische Anmeldung" nicht berücksichtigt werden (T 550/88).

4. Die Prüfungsabteilung hat Ihre Einwendung zu Recht nicht mehr berücksichtigt, denn zu diesem Zeitpunkt war schon der Erteilungsbeschluß nach Art. 94 (3) EPÜ ergangen. An diesen ist das EPÜ gebunden und kann ihn von alleine nicht mehr ändern (G 2/88), sobald

er zur internen Poststelle des EPA abgegeben wurde. Dies war hier so. Dies gilt selbst dann, wenn das EPA nachher die Unrichtigkeit des Erteilungsbeschlusses erkennt.

Befangenheit können wir als Einwand gegen den ersten Prüfer daher nicht geltend machen. Er hat korrekt gehandelt.

Mit freundlichen Grüßen,

Dunn

An das
Europäische Patentamt

Einspruch gegen ein europäisches Patent

nur für EPA

Einspr.-Nr. OPPO (1)

I. Angegriffenes Patent

Patentnummer	0 909 909
Anmeldenummer	95 543 123.2
Tag des Hinweises auf Erteilung (Art. 97 (4), 99 (1) EPÜ)	25.07.2000

Bezeichnung der Erfindung (Titel):
BÄLLE

II. Patentinhaber

In der Patentschrift als erster/einziger genannter **Patentinhaber**: IVAN I. DEERE

Zeichen des Einsprechenden oder Vertreters (maximal 15 Positionen) — OREF

III. Einsprechender

OPPO (2)

Name
BALL SPORTS INC

Anschrift
BOSTON, MASSACHUSETTS, 02174

Staat des Wohnsitzes oder Sitzes: USA

Telefon/Telex/Telefax

Gemeinsamer Einspruch: ☐ Miteinsprechende siehe Zusatzblatt

IV. Bevollmächtigung

OPPO (9)

1. **Vertreter**
(Nur einen Vertreter angeben, dem zugestellt werden soll)

Name
FRANK LEE DUNN

Geschäftsanschrift
1, NUTTER LANE
LONDON WC1 2EC
GB

Telefon/Telex/Telefax

Weitere zugelassene Vertreter: ☐ (siehe Zusatzblatt/Vollmacht) OPPO (5)

2. **Angestellte(r)** des Einsprechenden, die/der für dieses Einspruchsverfahren gemäß Art. 133(3) EPÜ bevollmächtigt werden/wird
Name(n):

Vollmacht(en): ☒ nicht erforderlich

Zu 1./2.: ☐ registriert unter Nr. ☐ beigefügt

nur für EPA

V. Der Einspruch richtet sich gegen das erteilte Patent

— im gesamten Umfang ☒

— im Umfang der Ansprüche Nr.

VI. Einspruchsgründe:

Der Einspruch wird darauf gestützt, daß

(a) der Gegenstand des europäischen Patents nicht patentfähig ist (Art. 100(a) EPÜ), weil er

— nicht neu ist (Art. 52(1); 54 EPÜ) ☒

— nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit beruht (Art. 52(1): 56 EPÜ) ☒

— aus sonstigen Gründen nämlich Art. ☐

von der Patentierbarkeit ausgeschlossen ist.

(b) das europäische Patent die Erfindung nicht so deutlich offenbart, daß ein Fachmann sie ausführen kann (Art. 100(b) EPÜ, vgl. Art. 83 EPÜ). ☐

(c) der Gegenstand des europäischen Patents über den Inhalt der Anmeldung/der früheren Anmeldung in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgeht (Art. 100(c) EPÜ, vgl. Art. 123(2) EPÜ). ☒

VII. Tatsachenvorbringen und Begründung

(Regel 55(c) EPÜ)
erfolgt auf gesondertem Schriftstück (Anlage 1) ☒

VIII. Sonstige Anträge:

HILFSWEISE WIRD MÜNDLICHE VERHANDLUNG (ART. 116 EPÜ) BEANTRAGT.

IX. Beweismittel

nur für EPA

Beigeschlossen ☐

wird / werden nachgereicht ☐

A. **Veröffentlichungen:** | Datum der Veröffentlichung

1

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

2

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

3

Diese Seite

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

4

nicht benutzen

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

5

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

6

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

7

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

Fortsetzung auf Zusatzblatt ☐

B. **Sonstige Beweismittel**

Weitere Angaben auf Zusatzblatt ☐

nur für EPA

X. Zahlung der Einspruchsgebühr erfolgt

☒ wie auf beigefügtem Gebührenzahlungsvordruck (EPA Form 1010) angegeben

☐

XI. Liste der Unterlagen:

Anlage Nr.:			Stückzahl:	
0	☒	Einspruchsformblatt	2 (mind. 2)	
1	☒	Tatsachen und Begründung (s. VII.)	2 (mind. 2)	
2		Kopien von als Beweismittel angegebenen (s. IX.)		
2a	☐	— Veröffentlichungen	2 (mind. je 2)	
2b	☐	— sonstigen Unterlagen	(mind. je 2)	
3	☐	Unterzeichnete Vollmacht(en) (s. IV.)		
4	☒	Gebührenzahlungsvordruck (s. X.)	1	
5	☐	Scheck		
6	☐	Zusatzblatt (Zusatzblätter)	(mind. je 2)	
7	☐	Sonstige Unterlagen (bitte einzeln anführen):		

XII. Unterschrift des Einsprechenden oder Vertreters

Ort LONDON

Datum 30.03.2001

Frank Lee Dunn

(FRANK LEE DUNN)

Name des (der) Unterzeichneten bitte in Druckschrift wiederholen. Bei juristischen Personen bitte die Stellung des (der) Unterzeichneten innerhalb der Gesellschaft in Druckschrift angeben